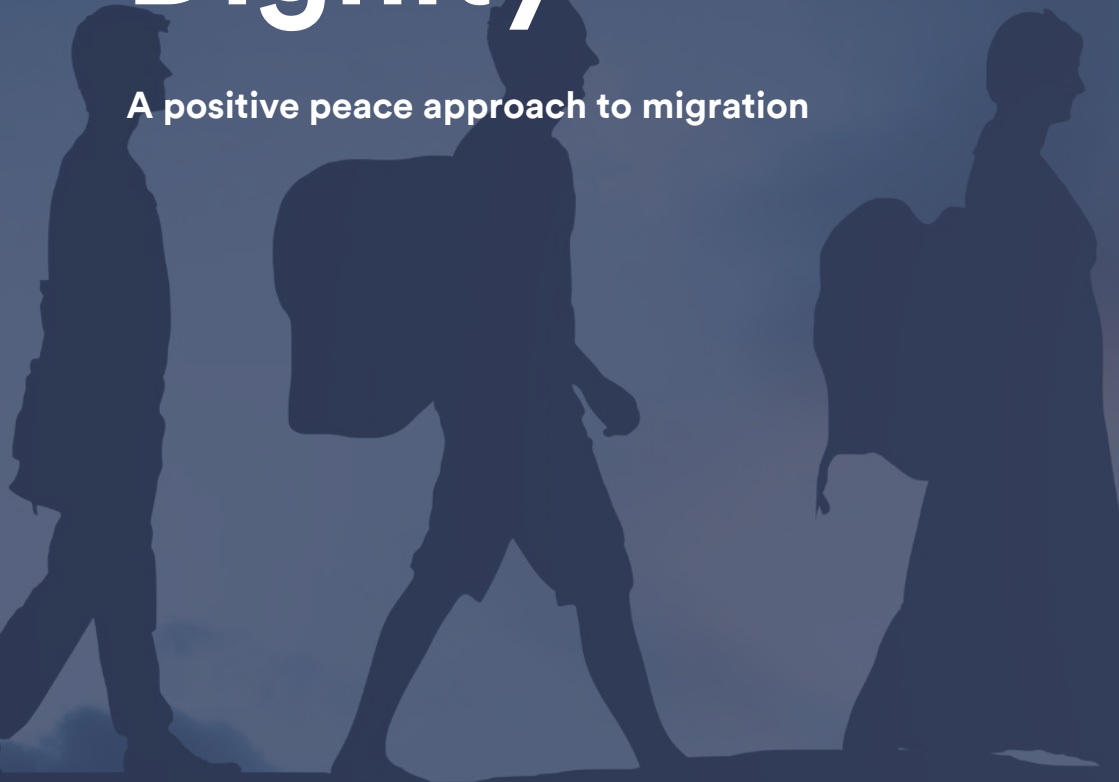




**Quaker  
Council for  
European  
Affairs**

# Moving with Dignity

**A positive peace approach to migration**





## **Kapitel 4:**

---

# **Ein positiver Friedensansatz zur Migration in Herkunfts-ländern ohne gewaltsame Konflikte**

Übersetzt von Rhea van der Horst



In diesem Kapitel wird untersucht, wie Aspekte eines positiven Friedensansatzes auf Migration in einem Herkunftsland angewendet werden können, in dem derzeit kein offener gewaltsamer Konflikt herrscht und der Schwerpunkt auf Konfliktprävention liegt. Zunächst werden einige der wichtigsten Auswirkungen struktureller und kultureller Gewalt auf die Migration aufgezeigt und der Zusammenhang zwischen internationaler Migration und Friedensförderung im Kontext untersucht. Anschließend werden drei Maßnahmen vorgestellt, die jeweils darauf abzielen, direkte Gewalt, strukturelle Gewalt und kulturelle Gewalt zu verringern.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Abgrenzung zwischen einem Land ohne gewaltsame Konflikte und anderen Kategorien nicht eindeutig ist. Beispielsweise kann ein Land sowohl geografische Gebiete umfassen, die friedlich sind, als auch Regionen, in denen weiterhin gewaltsame Auseinandersetzungen stattfinden. Dieses Kapitel ist vor allem für den erstgenannten Fall relevant (d. h. für eine Region ohne gewaltsame Konflikte), während sich das nächste Kapitel mit Regionen befasst, in denen gewaltsame Konflikte herrschen. Ein Land ohne gewaltsame Konflikte kann zudem Transit- oder Ansiedlungsgebiete von Migranten umfassen, diese Fälle werden in den Kapiteln sechs und sieben behandelt. Mit anderen Worten: Auf ein bestimmtes Land können mehrere der folgenden Kapitel zutreffen.

Ebenso ist hervorzuheben, dass Praktiken, die in einem bestimmten Kontext erwähnt werden, auch in anderen Kontexten von Bedeutung sein können. So kann beispielsweise eine Maßnahme zur Prävention gewaltsamer Konflikte, wie etwa lokal Mediation, auch in Zielländern oder in Herkunftsländern nach einem gewaltsamen Konflikt wichtig sein.

## Formen von Gewalt, strukturelle und kulturelle Gewalt, die Migration beeinflussen

In Ländern und Gemeinschaften, in denen es keine organisierte und kollektive direkte Gewalt zwischen großen Bevölkerungsgruppen gibt, können die Lebensbedingungen dennoch durch ein erhebliches Maß an anderen Formen von Gewalt geprägt sein, die das Leben der Menschen stark beeinträchtigen. Beispiele hierfür sind Raub, Erpressung, Entführungen gegen Lösegeld und Mord, die die lokale Bevölkerung in Angst um ihr Leben und ihre Sicherheit versetzen. In einigen Fällen beginnt die Rechtsstaatlichkeit zusammenzubrechen, weil Polizei und Justiz entweder unfähig oder unwillig sind, für Rechenschaftspflicht zu sorgen. Die Menschen verlieren das Vertrauen in Institutionen, die eigentlich die Rechtsstaatlichkeit wahren sollten. Dies führt zu Handlungen wie Demonstrationen, die manchmal gewaltsam verlaufen, oder dazu, dass Menschen Waffen erwerben, um sich selbst zu verteidigen. Wenn es keine realistischen Alternativen gibt, könnten die Menschen die Dinge selbst in die Hand nehmen, was den Zustand der Gesetzlosigkeit noch verschärfen kann. Der Staat reagiert manchmal mit weiterer Gewalt und verletzt dabei die Menschenrechte. In einigen Fällen wird auch das Militär zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung eingesetzt, was häufig zu einer weiteren Eskalation der Gewalt führt.

Dieses gewaltsame Verhalten betrifft unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in ungleichem Maße. So kann geschlechtsspezifische Gewalt zunehmen, und Jugendliche, insbesondere junge Männer, können stärker freiwillig oder unfreiwillig in Gewalt verwickelt werden. Intersektionale Identitäten, wie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Minderheit oder die Ausübung einer Minderheitenreligion, können Menschen anfälliger dafür machen, Opfer von Gewalt zu werden. Auch wenn die Gewalt möglicherweise nicht das gleiche Ausmaß erreicht wie in einem Kontext direkter Gewalt (z. B. bei Bombardierungen von Stadtteilen, ethnischen Säuberungen oder Völkermord), kann sie dennoch verheerende Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen haben und ihr Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigen. Damit kann diese Gewalt ähnliche Auswirkungen haben wie direkte Gewalt in einem gewaltsamen Konflikt.

Darüber hinaus gibt es in vielen Ländern nicht nur Knappheit bei lebenswichtigen Ressourcen wie Nahrung, Wohnraum, Bildung, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung, sondern auch erhebliche Ungleichheiten beim Zugang zu diesen Ressourcen. Dies wird als strukturelle Gewalt bezeichnet. Intersektionale Identitäten, z. B. Geschlecht, Religion, ethnische Zugehörigkeit oder Alter, bestimmen oft, in welchem Ausmaß und auf welche Weise Menschen betroffen sind. So wirkt sich die Zugehörigkeit zu einer sprachlichen Minderheit auf den Zugang zu Bildung aus, wenn Schulen ausschließlich in der anerkannten Amtssprache unterrichten. Ebenso beeinträchtigt die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit den Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn Geschäftsführende ausschließlich Angehörige der eigenen Mehrheitsgruppe einstellen. Häufig umfasst dies auch ungleichen Zugang zum politischen System, was zu eingeschränkter politischer Rechenschaftspflicht, wachsender Korruption und einem Zusammenbruch der Institutionen führen kann, die eigentlich die Menschenrechte aller schützen sollten.

Darüber hinaus verschärfen der Klimawandel und die damit verbundene Zunahme klimabedingter Gefahren wie Dürren und Überschwemmungen die Herausforderungen, denen bestimmte Gruppen in ihrem Alltag gegenüberstehen, noch weiter. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich diese Situation noch erheblich verschlimmern wird. All diese Erscheinungsformen struktureller Gewalt wirken sich auch negativ auf die vertikalen und horizontalen Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen sowie lokalen und nationalen Behörden und Institutionen aus und führen zu einem Rückgang des sozialen Zusammenhalts und der Integration.

Viele Menschen weltweit sind täglich kultureller Gewalt ausgesetzt, selbst dort, wo kein gewaltsamer Konflikt herrscht. Dominante kulturelle Normen und Praktiken, die den Status quo zwischen bestehenden Hierarchien zwischen Geschlechtern, Ethnien oder Religionen verstärken, werden weit verbreitet gefördert und benachteiligen Minderheiten erheblich. Stereotype, Vorurteile, Desinformation und Hassrede gegen bestimmte Gruppen werden allmählich normalisiert, wenn sie nicht aktiv hinterfragt werden. Dies führt zu einer Verschlechterung interkultureller Beziehungen, schwächt die soziale Integration und den Zusammenhalt und schafft wachsende Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen. Auch hier spielen intersektionale Identitäten eine wichtige Rolle dabei, wie und in welchem Ausmaß Menschen von kultureller Gewalt betroffen sind, wobei Menschen mit komplexeren intersektionalen Minderheitenidentitäten, wie z. B. Menschen mit Behinderungen und/oder Angehörige der LGBTQ+-Gemeinschaft, oft viel stärker gefährdet sind.

*Auch hier spielen intersektionale Identitäten eine wichtige Rolle dabei, wie und in welchem Ausmaß Menschen von kultureller Gewalt betroffen sind*

Zusammenfassend lässt sich sagen: Auch in Kontexten ohne direkte Gewalt können gewaltsames Verhalten sowie strukturelle und kulturelle Gewalt die Lebensbedingungen der Menschen massiv beeinträchtigen. Das Vorhandensein von struktureller und kultureller Gewalt sowie ein hohes Maß an gewaltsamem Verhalten erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs von gewaltsamen Konflikten. So kann beispielsweise zunehmende Ungleichheit beim Zugang zu Ressourcen negative Gefühle gegenüber privilegierten Gruppen hervorrufen, was wiederum zu kultureller oder direkter Gewalt gegen diese Gruppe(n) führen kann.

## Das internationale Zusammenspiel von Migration und Friedensförderung

Erfahrungen mit gewaltsamem Verhalten sowie struktureller und kultureller Gewalt in Regionen ohne gewaltsame Konflikte können dazu beitragen, dass Menschen eine Migration in Betracht ziehen. Dies kann bereits fragile Staaten zusätzlich destabilisieren und das Risiko des Ausbruchs gewaltsamer Konflikte erhöhen. So können beispielsweise die Lebensbedingungen einer großen Bevölkerungsgruppe aufgrund von Erfahrungen mit gewalttätigem Verhalten sowie struktureller und kultureller Gewalt so unerträglich werden, dass sie sich zu einer Migration entschließen. Ihr erstes Ziel könnte ein benachbartes Gebiet sein, in dem Ressourcen ebenfalls bereits knapp sind was das Risiko eines gewaltsamen Konflikts zwischen der bestehenden Gemeinschaft und den Neuankömmlingen erhöht. Solche Situationen können auch über internationale Grenzen hinweg auftreten und zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Nachbarstaaten führen, wodurch sich das Kriegsrisiko erhöhen kann.

Angesichts der Komplexität der Entscheidung zur Migration und der Erkenntnis, dass diese nicht nur auf den Lebensbedingungen von Einzelpersonen und Gemeinschaften basiert, sollte das Hauptziel der ergriffenen Maßnahmen nicht darin bestehen, nur die vermeintlichen Ursachen der Migration anzugehen. Ein positiver Friedensansatz zur Migration verfolgt stattdessen eine umfassendere Perspektive und konzentriert sich darauf, gewaltsames Verhalten sowie strukturelle und kulturelle Gewalt zu verringern, um die Lebensbedingungen aller Menschen vor Ort zu verbessern und den Ausbruch gewaltsamer Konflikte zu verhindern. Das Ziel besteht also nicht darin, Migration zu steuern, zu reduzieren oder zu verhindern, sondern vielmehr sicherzustellen, dass alle Menschen in Frieden leben können. Dadurch wird Migration zu einer freien und freiwilligen Entscheidung, und nicht zu einer Entscheidung, zu der Menschen gezwungen sind, weil sie als einzige Option erscheint.

## Mögliche Maßnahmen zur Eindämmung gewaltsamen Verhaltens im Zusammenhang mit Migration

### 1. COMMUNITY MEDIATION<sup>1</sup>

Community Mediation bietet eine freiwillige, informelle und gewaltfreie Möglichkeit, **Differenzen und Konflikte** zwischen Individuen, Gruppen, Gemeinschaften und Organisationen zu lösen, bevor die Situation gewalttätig wird oder bereits bestehende Gewalt eskaliert. Sie verringert das Risiko, dass Menschen zu Gewalt greifen, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Damit trägt sie dazu bei, Gewalt einzudämmen, die nicht nur die direkt Beteiligten, sondern auch deren Familien und Gemeinschaften negativ beeinträchtigt. Community Mediation bietet Menschen die **Möglichkeit**, ihre Probleme, Anliegen und Bedürfnisse in einer sicheren Umgebung **anzusprechen**. Ziel ist es nicht nur, den eigenen Standpunkt darzulegen, sondern auch aktiv die Perspektiven der anderen Seite(n) zu hören. Solche schwierigen Gespräche werden von einem unparteiischen, ausgebildeten und erfahrenen Mediator begleitet, der sicherstellt, dass der Mediationsprozess unterstützend und hilfreich verläuft. Der Mediator ergreift keine Partei und gibt den Teilnehmern keine Ratschläge, was sie tun sollen. Die Teilnehmenden behalten die Kontrolle über den Prozess und entscheiden allein, wie der Konflikt gelöst werden soll. Die Gespräche sind vertraulich und Informationen werden nur mit gegenseitigem Einverständnis weitergegeben. Das Ziel ist es, eine oder mehrere Lösungen zu finden, die für alle Parteien akzeptabel sind und weitere gewalttätige Eskalationen verhindern. Im Anschluss daran kann ein gemeinschaftlicher Dialog darüber stattfinden, wie ähnliche Streitigkeiten in Zukunft friedlich beigelegt werden können.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Community Mediation bietet den Beteiligten eine **gewaltfreie Möglichkeit**, ihre **Differenzen anzugehen** und gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden. Dadurch sinkt das Risiko gewaltsamer Eskalationen, die andernfalls dazu führen könnten, dass Menschen Migration als einzige Überlebensmöglichkeit ansehen.
- Die Gemeinschaften haben **Einfluss** auf die Prozesse und Praktiken der Community Mediation, und übernehmen **Verantwortung** dafür.
- Community Mediation **schaftt Verbindungen, stärkt das Vertrauen und die Beziehungen** innerhalb von Gemeinschaften.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus Sicht des positiven Friedens ist es wichtig, dass alle Menschen, einschließlich derjenigen, die am stärksten von Gewalt betroffen sind, Zugang zu kommunalen Mediationsdiensten haben und dass der Prozess **inklusiv** gestaltet wird. Dazu gehört die Berücksichtigung von Geschlechternormen und deren Einfluss auf den Prozess, insbesondere hinsichtlich Macht und Einfluss der Teilnehmenden. In manchen Gemeinschaften ist es beispielsweise für eine Frau schwierig, sich zu äußern und Gehör zu finden, wenn die andere Partei ein älterer Mann ist. Auch intersektionale Identitäten müssen sorgfältig berücksichtigt werden. Menschen mit Sprach- oder Hörbeeinträchtigungen oder mit psychischen Erkrankungen benötigen möglicherweise zusätzliche Unterstützung durch den Mediator.

Es ist wichtig, dass die Mediation von **lokalen Mediatoren** mit vielfältigem Hintergrund geleitet wird, da sie wertvolle Kenntnisse über den lokalen Kontext mitbringen. Dies stärkt zugleich die lokale Eigenverantwortung, die häufig eng mit Engagement verbunden ist. Wenn passend, können lokale Mediatoren zudem religiöse und kulturelle Praktiken einbeziehen, die den Prozess stärker verankern. Aus **postkolonialer Perspektive** ist dies besonders relevant, da gängige Mediationsansätze häufig von westlichen Theorien und Erfahrungen geprägt sind.



## Ein Beispiel für erfolgsversprechende Praxis

**Glaubensbasierte Mediatorinnen** in Kenia spielen eine bedeutende Rolle bei der Verringerung von Gewalt, die mit Ethnie und Politik in lokalen Gemeinschaften verbunden ist. In solchen Vorfällen wurden religiöse Identitäten häufig genutzt, um politische Unterstützung und Gewaltbereitschaft zu mobilisieren. Die besondere Bedeutung religiöser Identitäten verleiht den glaubensbasierten Ansätzen der Frauen, die auf heiligen Schriften und Werten aufbauen, große Wirkungskraft. So nutzen die Frauen beispielsweise Bibel- und Koranverse, um christliche und muslimische Führungspersonen für eine Teilnahme an Mediation zu motivieren.

Die Frauen mussten dabei erhebliche Hürden wie mangelnde Bildung, knappe Ressourcen sowie den Einfluss patriarchaler Strukturen und Normen überwinden. Dennoch gelang es ihnen, inspiriert von ihrem Glauben, die Beteiligten und ganze Gemeinschaften von gewaltfreiem Handeln zu überzeugen. Sie vermittelten erfolgreich zwischen verfeindeten Clans und reduzierten damit das Risiko weiterer Gewalt.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- **Freiwilligkeit:** Eines der Grundprinzipien der Gemeinschaftsmediation ist die **freiwillige Teilnahme**. Sie kann nur dann zur Verringerung von Gewalt und potenzieller erzwungener Migration beitragen, wenn alle Parteien bereit sind, am Prozess teilzunehmen. Der Zeitpunkt der Mediation ist dabei entscheidend.
- **Sicherheitsbedenken:** Streitparteien könnten die Teilnahme an einer Gemeinschaftsmediation aus Sicherheitsgründen ablehnen.
- **Unverbindliche Vereinbarungen:** Die im Mediationsprozess erzielten Vereinbarungen sind **rechtlich nicht bindend**. Ihre Umsetzung hängt vom Engagement der Beteiligten ab, da keine Sanktionen möglich sind. Mediation kann folglich nur Gewalt und mögliche erzwungene Migration reduzieren, wenn die Parteien die gemeinsam beschlossenen Leitlinien freiwillig einhalten.

## 2. INTERVENTIONEN ZUR VERRINGERUNG DER BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN AN BANDEN

In Situationen ohne offenen Krieg, aber mit viel gewalttätigem Verhalten, sind Jugendliche, insbesondere junge Männer, überproportional betroffen und involviert. Eine häufige Ursache ist die Zugehörigkeit zu Banden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass junge Menschen auch auf viele andere Arten von Gewalt betroffen und in Gewalt instrumentalisiert werden. Es ist wichtig, nicht dem Klischee zu erliegen, dass Bandenkriminalität ausschließlich ein Problem junger Männer mit bestimmter Herkunft ist. Menschen unterschiedlichster Herkunft und Altersgruppen sind weltweit involviert; wohlhabende, privilegierte und häufig weiße Gruppen profitieren von Bandengewalt und tragen zu ihrer Fortdauer bei. Die Gründe, warum junge Menschen in Bandenkriminalität geraten, sind vielfältig und umfassen Armut, mangelnde Bildungs- und Beschäftigungschancen, generelle Ausgrenzung sowie ein Unsicherheitsgefühl. Der Beitritt zu einer Bande kann zu verstärktem Gewaltverhalten führen, das die Lebensbedingungen verschlechtert und das Leben der Menschen bedroht.

In einigen Fällen, wie beispielsweise in Haiti, kann Bandengewalt auch zu bewaffneten Konflikten eskalieren. Für viele junge Menschen bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Bande ein Leben, in dem die aktive Beteiligung an Gewalt zur Normalität wird. Der Austritt aus der Bande kann aufgrund von Faktoren wie Repressalien durch andere Bandenmitglieder und Diskriminierung durch die lokale Gemeinschaft sehr schwierig sein.

Deshalb sind Interventionen zur Verringerung der Beteiligung von Jugendlichen an Banden ein wesentlicher Bestandteil, um gewalttätiges Verhalten zu reduzieren und den Ausbruch von Konflikten sowie daraus resultierende erzwungene Migration zu verhindern. Obwohl die Beweislage nicht abschließend ist, lassen sich vier Maßnahmen identifizieren, die positive Effekte versprechen:

1. **Alternative Freizeitangebote:** Jugendlichen attraktive Tätigkeiten wie Sport oder Kunst anbieten.
2. **Beteiligung der Jugend:** Jugend- und Bandenführer aktiv in Planung und Durchführung einbeziehen.
3. **Aufbau stabiler Beziehungen:** Jugendliche beim Aufbau dauerhafter Kontakte außerhalb der Bande unterstützen.
4. **Gewalt stoppen:** Der aktuellen Bandengewalt mit Demobilisierung und Versöhnung begegnen.

Weitere Ansatzpunkte sind Bildungs- und Beschäftigungsangebote sowie Trainings in Kommunikation, Konflikttransformation und Gewaltfreiheit.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Perspektiven schaffen: Jugendliche erhalten eine friedlichere Lebensweise und bessere Arbeits- und Zukunftsaussichten. Dies verringert den Eindruck, nur durch Migration ihre Lebenssituation verbessern zu können.
- Gewaltreduktion: Weniger Jugendliche in Banden bedeutet weniger Gewalt in der Gemeinschaft. Das verbessert die Lebensbedingungen vor Ort und verhindert, dass Bandengewalt in bewaffnete Konflikte eskaliert, die Menschen zur Flucht zwingen.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus der Perspektive des positiven Friedens müssen diese Interventionen alle Jugendlichen einbeziehen, die bereit sind, sich zu beteiligen, unabhängig von intersektionalen Identitäten, einschließlich Merkmalen wie Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Religion. Es ist auch wichtig, einen **partizipativen Ansatz** anzuwenden, um sicherzustellen, dass ihre Beteiligung an der Planung und Durchführung der Aktivitäten authentisch ist, was auch die Berücksichtigung und mögliche Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit einschließt. Das bedeutet, ihnen aktiv und gemeinsam zuzuhören, ihnen Empathie und Mitgefühl entgegenzubringen und ihre täglichen Erfahrungen mitzuerleben. Aus Gender-Perspektive ist es auch wichtig, dass die Interventionen sorgfältig die Auswirkungen intersektionaler Identitäten auf die Motivation der Menschen für die Mitgliedschaft in einer Bande und ihre täglichen Erfahrungen damit sowie für den Austritt aus der Bande berücksichtigen. Dazu gehört, dass man sich auf die Stärken ihrer Beziehungen innerhalb und außerhalb der Bande konzentriert und diese anerkennt, ebenso wie darauf, wie diese Beziehungen nach ihrem Austritt aus der Bande aussehen werden. Sowohl aus dekolonialer als auch aus konfliktensibler Perspektive ist es sehr wichtig, dass alle Interventionen sorgfältig auf **lokal verankertes Wissen und Erfahrungen** zurückgreifen. Da die Erkenntnisse über die Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen noch nicht abschließend belegt ist, ist es auch wichtig, über aktuelle Praktiken nachzudenken, Neugierde zu zeigen und offen dafür zu sein, dass die eigenen Grundannahmen erheblich in Frage gestellt werden.



## Beispiel einer vielversprechenden Praxis

Die zivilgesellschaftliche Organisation Jóvenes Hondureños Adelante – Juntos Avancemos (JHAJA) arbeitet in Honduras mit Jugendlichen, die in Gefahr stehen, einer Bande beizutreten, die bereits Mitglieder sind oder eine Bande verlassen haben. JHAJA sucht direkt den Dialog mit Bandenmitgliedern, um deren Perspektiven zu verstehen und Programme entsprechend anzupassen. Die Organisation unterstützt Bandenmitglieder bei der Wahrung ihrer Menschenrechte, insbesondere bei Strafverfahren und im Gefängnis. Ihre Projekte umfassen Berufsausbildung, Sport- und Kunstangebote, rechtliche Unterstützung und Aufklärung von Eltern über Banden und Alternativen für ihre Kinder. Darüber hinaus werden ehemalige Bandenmitglieder als Mentoren eingesetzt. Die Organisation betont die Wichtigkeit von gelebter Erfahrung, fundierter Kenntnisse des lokalen Kontextes und zwischenmenschlicher Fähigkeiten wie aktivem Zuhören und Vertrauensbildung.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Maßnahmen gegen die Jugendbeteiligung an Banden beanspruchen **Ressourcen**, die in gewaltgeprägten Kontexten knapp sein können.
- In manchen Kontexten werden Initiativen für kriminell belastete Jugendliche selbst kriminalisiert und diskreditiert.
- Angst vor Repressalien hindert manche Jugendliche an der Teilnahme, die darauf abzielt, sich von den Banden zu distanzieren.
- Diese Maßnahmen erfordern außerdem ein **langfristiges Engagement**, das in fragilen Kontexten nur schwer umzusetzen sein dürfte.

### 3. HUMANITÄRE ABRÜSTUNG

In Kontexten mit hohem Gewaltpotenzial spielt die Verfügbarkeit von Waffen eine zentrale Rolle und muss eingeschränkt werden, wenn gewalttätiges Verhalten reduziert werden soll. Im Gegensatz zu traditionellen Abrüstungsansätzen, die in erster Linie auf die Sicherheit von Staaten ausgerichtet sind, hat humanitäre Abrüstung das vorrangige Ziel, die Sicherheit und das Wohlergehen der Zivilbevölkerung zu schützen. Dies geschieht vor allem **durch die Begrenzung der Auswirkungen von Waffen** auf Menschen und Umwelt. Im Mittelpunkt stehen dabei Waffen, die unterschiedslos und unmenschlich wirken, sowie solche, die durch ihre Herstellungs-, Handels- oder Einsatzweisen besonders problematisch sind. Der Ansatz ist breit angelegt: Er umfasst zahlreiche Maßnahmen zur Verhinderung und Linderung menschlichen Leidens durch die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Normen.

*Humanitäre Abrüstung hat das vorrangige Ziel, die Sicherheit und das Wohlergehen der Zivilbevölkerung zu schützen.*

Zu den präventiven Maßnahmen zählen Beschränkungen bei Entwicklung, Produktion, Handel, Lagerung und Einsatz von Waffen sowie die Vernichtung bereits im Umlauf befindlicher Waffen. Wiedergutmachende Maßnahmen umfassen Kampagnen, die auf die von Waffen verursachten Schäden aufmerksam machen, das Verabschieden von Gesetzen und Richtlinien zum Schutz der Opfer sowie die Sicherstellung von Zugang zu Recht und Rechenschaftspflicht. Dazu gehören medizinische Versorgung, Rehabilitation und die Wahrung ihrer sozioökonomischen Rechte. Dieser Ansatz ist **menschenzentriert**, denn zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine Schlüsselrolle bei seiner Umsetzung und es wird darauf geachtet, die Stimmen der betroffenen Personen und Gemeinschaften einzubeziehen.

### WARUM ES FUNKTIONIERT

- Reduzierte Gewalt: Weniger verfügbare Waffen verringern die Wahrscheinlichkeit willkürlicher Gewalt gegen Zivilisten, verbessern die Lebensbedingungen und minimieren das Risiko weiterer Gewalt und potenzieller Zwangsmigration.
- Inklusive, partizipative Ansätze werden **auf lokaler Ebene eher unterstützt** und können so nachhaltiger wirken. Daher haben sie mit größerer Wahrscheinlichkeit positive Auswirkungen auf das Leben aller Menschen und verringern das Risiko weiterer Gewalt und potenzieller Zwangsmigration.

### PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus der Perspektive des positiven Friedens muss bei der Umsetzung berücksichtigt werden, wie verschiedene Identitätsmerkmale die Betroffenheit durch Waffen beeinflussen. Kampagnen sollten beispielsweise hervorheben, dass bestimmte Gruppen stärker unter den Folgen leiden. Es reicht nicht aus, nur die Verfügbarkeit von Waffen einzuschränken. Normen, die Waffengebrauch rechtfertigen (wie Blutrache), müssen hinterfragt und geändert werden. Alle Maßnahmen sollten lokale und nationale Kontexte berücksichtigen. Dazu gehören auch extern entwickelte Ansätze wie Waffenamnestien und Sensibilisierungskampagnen. Ebenso wichtig ist es, die Auswirkungen der humanitären Abrüstung auf die Beziehungen zwischen Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinschaften und Staat zu berücksichtigen.



## Beispiel für eine vielversprechende Praxis

Der Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) ist ein multilateraler Vertrag, der den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regelt. Nach seiner Verabschiedung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im April 2013 trat der ATT im Dezember 2014 in Kraft. Der Vertrag legt internationale Standards fest, die auf den Grundsätzen der Menschenrechte und der Humanität basieren und für die Regulierung einer Vielzahl von Waffenkategorien gelten, um deren illegalen Handel zu verhindern. Dazu gehören Sturmgewehre, Bomben, Raketen, Panzer und Kampfflugzeuge. Der Vertrag hat derzeit 115 Vertragsstaaten, weitere 27 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Der ATT verpflichtet die Vertragsstaaten, Genehmigungs- und Regulierungsverfahren für den grenzüberschreitenden Waffenhandel einzuführen. Dazu gehört die Festlegung von Standards, die erfüllt sein müssen, bevor eine Genehmigung für den Export von Waffen erteilt werden kann, sowie die jährliche Berichterstattung über den Import und Export von Waffen. Die Aushandlung und Verabschiedung des ATT wurden als bedeutender Erfolg gefeiert, da er die Staaten verpflichtet, den Schutz der Zivilbevölkerung über andere Interessen wie Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft zu stellen. Seine Umsetzung war jedoch nicht so erfolgreich wie erhofft. Es gibt keine Sanktionen, wenn Staaten gegen die Bestimmungen des ATT verstoßen. Viele Staaten haben dies ausgenutzt, indem sie weiterhin Waffen auf eine Weise exportieren, die gegen den Vertrag verstößt und die Gewalt weltweit schürt. Problematisch ist auch, dass der Vertrag von den Staaten verlangt, die Verweigerung von Ausfuhrgenehmigungen zu begründen, anstatt zu begründen, warum eine Genehmigung erteilt wurde.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Nationale humanitäre Abrüstungsprozesse können **kostspielig** sein und bleiben ohne unterstützende lokale und nationale Maßnahmen **wenig wirksam**.
- Es braucht regionale und globale Unterstützung, um zu verhindern, dass Waffen illegal eingeführt werden. Auf internationaler Ebene ist eine wirksame Rechenschaftspflicht bei Verstößen gegen die internationalen Waffenkontrollvorschriften unerlässlich.

## Mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung struktureller Gewalt, die sich auf Migration auswirkt

### 1. FÖRDERUNG INKLUSIVER POLITISCHER SYSTEME UND PROZESSE

Einer der wichtigsten Wege, strukturelle Gewalt zu bekämpfen, besteht darin, einen **gerechten Zugang zu politischer Macht** sicherzustellen. Einfluss in politischen Systemen und Prozessen zu haben, ist eine wesentliche Voraussetzung für einen fairen Zugang zu Ressourcen wie Nahrung, Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung. Daher sind politische Systeme und Prozesse, die inklusiv und für alle repräsentativ sind, essenziell, um das Risiko von Gewalt zu verringern.

*Daher sind politische Systeme und Prozesse, die inklusiv und für alle repräsentativ sind, essenziell, um das Risiko von Gewalt zu verringern.*

Es gibt viele Möglichkeiten, Inklusivität und Repräsentation in politischen Systemen und Prozessen zu verbessern. Dazu gehören der Schutz und die Erweiterung von Räumen sowie die aktive Förderung der Teilnahme marginalisierter Gruppen. Diese Maßnahmen umfassen lokale und nationale verfassungsmäßige Gremien und Verfahren, Wahlprozesse, politische Parteien und Gesetzgebungsverfahren. Es ist zudem wichtig, die **Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen** so zu stärken, dass sie **aktiv und effektiv teilnehmen können**. So kann zum Beispiel die Unterstützung interner Strukturen und Abläufe in politischen Parteien dazu beitragen, dass diese bei der Kandidatenauswahl inklusiv vorgehen. Ebenso ist es wichtig, die Kapazitäten marginalisierter Einzelpersonen und Gruppen zu fördern, damit sie politischen Parteien beitreten oder eigene politische Parteien gründen können. Schließlich müssen Wahlen frei, fair, inklusiv und friedlich sein, damit alle Menschen für die Kandidaten stimmen können, die ihrer Meinung nach ihre Interessen am besten vertreten und ihnen einen gerechten Zugang zu Ressourcen sichern.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Der inklusive Zugang zu politischen Systemen und Prozessen trägt dazu bei, einen gerechten Zugang zu anderen wichtigen Ressourcen zu gewährleisten. Dadurch wird das Risiko struktureller Gewalt in Form von tatsächlicher oder empfundener Chancenungleichheit bei der Erfüllung grundlegender Bedürfnisse verringert.
- Da ungleicher Zugang auch die Beziehungen zwischen Gruppen und Gemeinschaften negativ beeinflusst, schafft ein verbesserter Zugang die Voraussetzungen für bessere Beziehungen. Davon profitieren nicht nur Menschen, die sonst Migration als ihre einzige Option betrachten würden, sondern auch die gesamte Gemeinschaft.
- Repräsentation und Beteiligung an politischen Systemen und Prozessen sind grundlegende Prinzipien der Demokratie. Sie geben Menschen eine Stimme und die Möglichkeit zu entscheiden, wer sie in politischen Entscheidungsprozessen vertreten soll. Das Bewusstsein, lokal und national Einfluss auf politische Systeme und Prozesse nehmen zu können, ist für alle wichtig, nicht nur für diejenigen, die sich zur Migration gezwungen fühlen.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus einer Perspektive des positiven Friedens ist es wichtig, dass die Auswirkungen intersektionaler Identitäten auf die Positionierung von Menschen und damit auf ihre Möglichkeiten zur Teilnahme an politischen Prozessen und Systemen ernsthaft berücksichtigt werden. Dazu gehört auch, potenzielle Hindernisse für die Teilhabe bestimmter Gruppen zu identifizieren und abzubauen. So ist es beispielsweise wichtig, darüber nachzudenken, wie sich das Leben mit einer Behinderung oder als Binnenvertriebener auf den Zugang einer Person zur Teilnahme an politischen Systemen und Prozessen auswirkt. Es ist auch wichtig zu berücksichtigen, welchen **Handlungsspielraum** verschiedene Menschen hinsichtlich der Rollen haben, die sie spielen können, sowie hinsichtlich ihres Einflusses auf politische Systeme und Prozesse. Aus Gender-Perspektive reicht es beispielsweise nicht aus, Frauen lediglich formell gleichberechtigt zu beteiligen, solange lokale kulturelle Normen und Praktiken dieses Prinzip nicht unterstützen und ihre Beiträge nicht als ebenso wichtig und wertvoll wie die der Männer anerkennen. Darüber hinaus sollte man Situationen hinterfragen, in denen verschiedene marginalisierte Gruppen an der Entwicklung und Umsetzung von Politiken beteiligt sind, die den Status quo aufrechterhalten und sie damit weiterhin benachteiligen. Eine Gender-Perspektive fordert, dass Menschen aktiv in politische Systeme und Prozesse eingebunden werden, damit sie Einfluss auf Politiken nehmen können, die ihr Leben wesentlich verbessern.

Eine *postkoloniale Perspektive* erfordert ein Bewusstsein dafür, dass das Verständnis von Inklusivität in politischen Systemen und Prozessen häufig auf westlichen Konzepten und Erfahrungen basiert und dass Vorstellungen von Demokratie dekolonialisiert werden müssen. Daher ist es wichtig, reflektierende Praktiken anzuwenden, um zugrunde liegende Annahmen zu hinterfragen, offen zu bleiben und Fragen zu stellen, um den lokalen Kontext besser zu verstehen, einschließlich des lokalen Verständnisses von Schlüsselkonzepten wie Demokratie und Partizipation.



### Beispiel für eine vielversprechende Praxis

Das Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa ist eine 1996 in Südafrika gegründete gemeinnützige Organisation, die sich für die Förderung der Bürgerbeteiligung, vertrauenswürdige Wahlen und effektive politische Institutionen einsetzt. Eines ihrer Projekte konzentriert sich auf die Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Entscheidungspositionen und demokratischen Prozessen in Madagaskar. Die Organisation hat den Aufbau des ersten Netzwerks weiblicher Führungskräfte unterstützt. Außerdem hat sie Frauen geschult, die für die Parlamentswahlen kandidieren wollten, was dazu führte, dass mehr Frauen in die Nationalversammlung einzogen. Darüber hinaus unterstützt und schult die Organisation Frauen, die in die Nationalversammlung gewählt wurden, und hat die Einrichtung eines parlamentarischen Frauenausschusses unterstützt. Schließlich hat die Organisation durch Bürger- und Wählerschulungen, Lobbyarbeit und Sensibilisierungsmaßnahmen Frauenverbände unterstützt, wobei der Schwerpunkt auf der Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen lag.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs und der Teilhabe marginalisierter Gruppen an politischen Systemen und Prozessen sind nur dann wirksam, wenn die lokalen gesellschaftlichen Normen die damit verbundenen Prozesse unterstützen.
- Aufgrund der **Bedeutung der Kontextspezifität** ist es unwahrscheinlich, dass in einem Kontext gewonnene Erkenntnisse auf eine andere Situation übertragbar sind. Jede lokale Realität erfordert eigene Lösungen.

## 2. SICHERSTELLUNG VON KLIMAGERECHTIGKEIT

Der Klimawandel und klimabedingte Gefahren wirken sich oft negativ auf das Leben der Menschen weltweit aus. In einigen Fällen führen diese Veränderungen nicht nur zu Katastrophen, sondern auch zu einer Verknappung lebenswichtiger Ressourcen, was Konflikte hervorruft, insbesondere wenn bestimmte Gruppen davon ungleich stärker betroffen sind. Dennoch werden klimabedingte Auswirkungen gemäß der Genfer Konvention von 1951 nicht als ausreichender Grund für die Gewährung des Flüchtlingsstatus anerkannt. Klimagerechtigkeit erkennt an, dass bestimmte Gruppen stärker als andere von den sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Eine Möglichkeit, strukturelle Ungleichheiten zu verringern, besteht in der **Anpassung an diese Veränderungen**.

Klimaanpassung bezieht sich auf eine Reihe von Maßnahmen oder Aktionen, die Gemeinschaften dabei helfen können, sich auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten oder sich daran anzupassen. Migration ist eine spontane Anpassungsstrategie, um die Verwundbarkeit gegenüber einem verändernden Klima zu verringern und die Resilienz gegenüber weiteren Gefahren zu erhöhen. Im Kontext können Staaten Menschen unterstützen, sicher an Ort und Stelle zu bleiben oder sich nach ihren Bedürfnissen und Umständen legal umzuziehen. Diese **adaptive Migration** ist oft vorübergehender Natur und findet über relativ kurze Entfernungen statt, insbesondere nach Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren oder schwereren saisonalen Zyklen. Die Menschen entscheiden sich in der Regel dafür, in der Nähe ihres Herkunftsortes und ihrer Angehörigen und Gemeinschaften zu bleiben. Bei häufiger werdenden und schlimmeren Ereignissen ziehen wohlhabendere Menschen häufig weiter weg. **Wirtschaftliche Ungleichheit** bedeutet, dass einige durch die Migration ins Ausland dauerhaftere Lösungen finden können, während viele andere weniger Möglichkeiten zur Migration und Anpassung haben. Dies erfordert die Anerkennung der Immobilität als Faktor der Vulnerabilität, insbesondere im Kontext der Länder, die am stärksten von klimabedingten Katastrophen betroffen sind. Darüber hinaus unterstreicht es die Notwendigkeit, Migration als Anpassungsstrategie zu unterstützen, die die allgemeine Resilienz von Gemeinschaften, die mit Klimakatastrophen konfrontiert sind, erhöhen kann.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Anpassungsstrategien und nationale Anpassungspläne (NAPs) können den Dialog darüber anregen, wie die Resilienz gegenüber dem Klimawandel erhöht und Risiken gemeinsam bewältigt werden können. Sie können Menschen zusammenbringen, die mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert sind, darunter Lebensraumverlust, Bodendegradation, Vertreibung oder adaptive Mobilität. Dieser Ansatz kann das Risiko struktureller Gewalt aufgrund der unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf das tägliche Leben der Menschen verringern. Angesichts der Unvorhersehbarkeit, wer in Zukunft vom Klimawandel betroffen sein wird, helfen Anpassungsstrategien den Menschen, sich auf eine ungewisse Zukunft vorzubereiten. Daher kommen sie nicht nur denjenigen zugute, die derzeit am stärksten betroffen sind und möglicherweise Migration als ihre einzige Option in Betracht ziehen, sondern auch allen anderen in den betroffenen Gemeinschaften.
- Die Vorbereitung auf plötzlich eintretende Ereignisse kann die Mobilisierung, die Bürgerbeteiligung und die Selbstorganisation fördern und so langfristig die Resilienz aller Menschen stärken.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus der Perspektive des positiven Friedens ist es wichtig anzuerkennen, dass der Klimawandel Menschen unterschiedlich betrifft, wobei einige Gruppen einem höheren Risiko ausgesetzt sind als andere. Die am stärksten Betroffenen sind oft bereits marginalisiert und mit anderen Formen struktureller Gewalt konfrontiert. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Planung und Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel partizipativ erfolgt, d. h., dass alle Betroffenen auf bewusste und sinnvolle Weise einbezogen werden. Dazu gehören sowohl diejenigen, die bereits vertrieben wurden, als auch Menschen, die umziehen müssen, wenn keine wirksamen Maßnahmen ergriffen werden. Es ist auch wichtig zu berücksichtigen, wie intersektionale Identitäten und Status die aktive Teilnahme an Projekten und Entscheidungsprozessen ermöglichen oder behindern.

Alle Maßnahmen müssen den lokalen Kontext sorgfältig berücksichtigen und auf lokale Ressourcen wie kulturelle und religiöse Praktiken und Werte zurückgreifen. Besonders wichtig ist es, die Beziehungen zwischen den betroffenen Gruppen zu berücksichtigen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die möglicherweise ohnehin schon fragilen Beziehungen zwischen den vom Klimawandel besonders betroffenen Gruppen haben. Aus postkolonialer Perspektive ist es wichtig, dass lokale Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel nicht die Aufmerksamkeit von den Ländern ablenken, die die größte Verantwortung für die aktuelle Klimakrise tragen.



## Beispiel für eine vielversprechende Praxis

Transhumante Hirten in der Sahelzone sehen sich aufgrund von Dürren und der schwindenden Verfügbarkeit von Weideland zunehmendem Druck auf ihre Lebensgrundlage ausgesetzt. In einer Region, in der 75 % der Fläche für die herkömmliche Landwirtschaft unbrauchbar sind, ist die Viehhaltung die wichtigste Erwerbstätigkeit. Während der Trockenzeit ziehen die Viehzüchter in der Regel nach Süden in feuchtere Gebiete näher an der Küste und kehren während der Regenzeit nach Norden zurück. Diese Mobilitätsmuster wurden jedoch durch die Klimakrise gestört, wodurch die Hirten zu längeren, riskanteren Reisen gezwungen wurden und es zu Konflikten zwischen nomadischen und sesshaften Gruppen kam, insbesondere mit Bauern, die von der Modernisierung der Landwirtschaft profitierten. Das regionale Projekt zur Unterstützung der Weidewirtschaft in der Sahelzone wurde ins Leben gerufen, um eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Lebensgrundlagen in der Region und zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität von Hirten und ihren Tieren voranzutreiben. Das Projekt schuf Bedingungen, die es den Viehzüchtern ermöglichten, sicher zu reisen und uneingeschränkten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und wichtigen Ressourcen wie Wasser zu erhalten, und schuf gleichzeitig einen Mechanismus zur Krisenprävention und -bewältigung auf nationaler und regionaler Ebene. Dieses Projekt zeigt, wie Konfliktpräventionsmaßnahmen und ein inklusiver Dialog es den Gemeinschaften ermöglichen können, akzeptable Anpassungsstrategien zu finden, und veranschaulicht gleichzeitig, wie grenzüberschreitende Mobilität ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau einer widerstandsfähigen Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise sein kann.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Die Wirksamkeit von Anpassungsmaßnahmen nimmt mit zunehmendem Klimawandel ab. Anpassungsstrategien sollten nicht davon ablenken, die Ursachen der Klimakrise so zu bekämpfen, dass die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen von vornherein verringert wird. Anpassungsstrategien haben jedoch insofern transformatives Potenzial, als sie Veränderungen in den Strukturen, Werten und Weltanschauungen anregen, die den gesellschaftlichen Systemen zugrunde liegen. Die Normalisierung von Migration als Anpassungsstrategie sollte nicht davon ablenken, dass klimabedingte Migration eine Form der Zwangsmigration als Reaktion auf strukturelle Gewalt ist.
- Wenn die Anpassung schlecht durchgeführt wird, kann sie das Vertrauen untergraben und Ungleichheiten und ungerechte Strukturen perpetuieren, die den Kontext prägen, in dem Menschen Migrationsentscheidungen treffen.

## 3. KORRUPTION VERHINDERN UND BEKÄMPFEN

*Building Peace Together* definiert Korruption als die Anpassung oder Perversion politischer, wirtschaftlicher oder rechtlicher Prozesse aus politischen oder privaten Motiven (S. 54). Wie in Kapitel 1 erwähnt, ist Korruption ein bedeutender Faktor bei der Entscheidung vieler Menschen, zu migrieren. Es gibt viele Formen von Korruption wie Betrug, Unterschlagung, Bestechung, Geldwäsche, Vetternwirtschaft und Nepotismus. Auf gesellschaftlicher Ebene kann Korruption das öffentliche Vertrauen in Institutionen, die Legitimität lokaler und nationaler Regierungsorgane sowie die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Sie kann Kriminalität fördern und Investitionen abschrecken, was zu steigender Armut und Ungleichheit führt. Häufig hat Korruption verheerende Auswirkungen auf die Fähigkeit eines Staates, Menschenrechte zu wahren, und trifft überproportional Gruppen wie Binnenvertriebene und Geflüchtete, die bereits marginalisiert sind. Diese Gruppen sind häufig auf öffentliche Güter und Dienstleistungen angewiesen und verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um Bestechungsgelder zu zahlen oder private Alternativen in Anspruch zu nehmen.

Laut Transparency International gibt es fünf Hauptansätze, um Korruption zu stoppen. Erstens muss **Straflosigkeit beendet** werden, indem Beteiligte zur Rechenschaft gezogen werden; dafür braucht es wirksame Rechtsrahmen, Strafverfolgungsbehörden und unabhängige Gerichte. Zweitens sollten **Reformen** durchgeführt werden, um das Finanzmanagement und die Arbeit der Kontrollbehörden zu verbessern, damit Transparenz und Rechenschaft gewährleistet sind. Drittens ist es unerlässlich, dass **Regierungen offen und transparent** agieren, Zugang zu Informationen gewähren und die Pressefreiheit unterstützen; dies fördert die Reaktionsfähigkeit staatlicher Institutionen und die öffentliche Teilnahme. Zudem müssen Menschen **Korruption erkennen und melden** können, um Verantwortliche, auch Regierungen, zur Rechenschaft zu ziehen. Dies verbessert die Verfügbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen und stärkt das gegenseitige Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierungsorganen. Schließlich müssen internationale Banken und Finanzzentren für ihre Rolle bei der Verschleierung und Geldwäsche von Korruptionserlösen **verantwortlich gemacht** werden.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Korruption betrifft alle. Daher verbessert ihre Prävention und Bekämpfung das Leben aller Menschen, auch jener, denen Korruption den Zugang zu Ressourcen verwehrt und sie dadurch zur Migration gezwungen sind.
- Umfassende Ansätze wirken. Ein ganzheitlicher, evidenzbasierter Ansatz zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption ist wirksam, weil ohne diesen Korruption alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen und andere wichtige Institutionen schwächen kann. Dies destabilisiert den Staat und erhöht das Risiko von Gewalt, die alle betrifft.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus der Sicht des positiven Friedens ist es entscheidend, dass die am stärksten von Korruption Betroffenen an den Prozessen und Projekten zur Prävention und Bekämpfung beteiligt werden. Dabei handelt es sich oft um Gruppen, die bereits marginalisiert sind. Aus einer Gender-Perspektive ist es wichtig anzuerkennen, wie Frauen überproportional von Korruption betroffen sind, und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Eine bewusste und sinnvolle Beteiligung bedeutet, genau und einfühlsam zuzuhören, wie sich Korruption auf das Alltagsleben auswirkt, und den verheerenden Folgen Aufmerksamkeit zu schenken. Aus postkolonialer und kontextsensitiver Sicht ist zu bedenken, dass Erfahrungen aus westlichen Ländern oft nicht direkt auf andere Regionen übertragbar sind, in denen Regierungsstrukturen und Institutionen anders funktionieren. Antikorruptionsinitiativen sollten daher immer auf kontextspezifische Ansätze und lokale Erfahrungen zurückgreifen. Zudem ist es wichtig, die negativen Auswirkungen zu erkennen, die Korruption auf die Beziehungen und das Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppen haben kann. Es reicht nicht aus, Korruption zu bekämpfen. Daher reicht es nicht aus, nur die Korruption zu bekämpfen. Es ist auch von entscheidender Bedeutung, die Beziehungen und das Vertrauen zwischen Einzelpersonen, Gruppen sowie lokalen und nationalen Institutionen zum Wohle aller wiederherzustellen.



## Beispiel für eine vielversprechende Praxis

Im Jahr 2014 startete Transparency International die weltweite Kampagne „Unmark the Corrupt“ (Korruption bekämpfen). Die Kampagne machte darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, die Straffreiheit für Korruption zu beenden und die Erträge aus Korruption aufzuspüren und zurückzugewinnen, um zu verhindern, dass die Täter davon profitieren. Die Kampagne forderte die Einrichtung öffentlich zugänglicher Register der Begünstigten und Eigentümer von Trusts und Unternehmen, um Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu verhindern. Die Regierungen sollten außerdem verpflichtet werden, die Eigentumsverhältnisse von Unternehmen zu überprüfen, die sich um Aufträge im öffentlichen Sektor bewerben, und sicherzustellen, dass Wirtschaftsprüfer, Banker und Rechtsanwälte Hintergrundüberprüfungen ihrer Kunden durchführen. Die Akteure im Handel mit Luxusgütern sollten ebenfalls verpflichtet werden, zu überprüfen, dass ihre Geschäfte nicht zur Geldwäsche von aus Korruption stammenden Geldern genutzt werden. Die Regierungen wurden aufgefordert, die Höhe der Bargeldbeträge, die Unternehmen annehmen dürfen, zu begrenzen und Systeme einzurichten, über die verdächtige Aktivitäten gemeldet werden können.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Der systematische und kollektive Charakter der Korruption macht es **komplex und kostspielig**, sie wirksam zu bekämpfen. In Gemeinden und Ländern, die von hoher Armut und Kriminalität betroffen sind, wird die Bekämpfung der Korruption möglicherweise als weniger wichtig angesehen und daher weniger priorisiert.
- Oft sind die an Korruption beteiligten Personen sehr mächtig, einflussreich und gut vernetzt, was es schwierig macht, **sie zur Rechenschaft zu ziehen**.

## Mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung kultureller Gewalt im Zusammenhang mit Migration

### 1. FÖRDERUNG SOZIAL INTEGRIERTER GESELLSCHAFTEN

Ein wichtiger Faktor, der kulturell und religiös bedingte Ungleichheiten verschärfen und damit kulturelle Gewalt begünstigen kann, ist die Überlegenheitsstellung der Mehrheitsreligion oder -kultur, die weithin gefördert und unterstützt wird. Beispiele hierfür sind die Anerkennung nur einer oder weniger Sprachen als Landessprachen und deren Unterricht an allen Schulen unter Missachtung anderer Minderheitensprachen. Weitere Beispiele sind die Unterstützung von Festen der dominanten Religion und Kultur durch die Ausrufung von Feiertagen, während Feste von Minderheiten nicht berücksichtigt werden. Dies kann zu Ressentiments, sozialer Ausgrenzung und einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen führen, wodurch die soziale Spaltung verschärft wird und es letztlich zu sozialen Unruhen und Gewalt kommt.

Stattdessen ist es wichtig, sozial integrierte Gesellschaften zu fördern und zu unterstützen. In einer sozial integrierten Gesellschaft sind Gleichberechtigung, **Gerechtigkeit und Würde** die Grundlage für Prozesse, die Institutionen, Beziehungen und Werte fördern und sicherstellen, dass alle Menschen gleiche Chancen haben, am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Leben teilzunehmen. Weitere Merkmale sozial integrierter Gesellschaften sind die Achtung und Wertschätzung von **Vielfalt, Pluralismus, Nichtdiskriminierung und Solidarität**. Dazu gehören auch Respekt und Wertschätzung der kulturellen Vielfalt und damit der vielfältigen und unterschiedlichen Ausdrucksformen von Identitäten innerhalb von Gesellschaften. Indem die Unterschiede innerhalb und zwischen Gemeinschaftsgruppen gefeiert werden, verliert die Kategorisierung und Etikettierung anderer Gruppen an Bedeutung. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die Organisation vielfältiger religiöser und kultureller Veranstaltungen, die Menschen aus verschiedenen Gemeinschaften zusammenbringen. Ein weiterer Ansatz ist die Würdigung des kulturellen Erbes verschiedener Gruppen durch die Förderung der Künste, etwas Musik und Theater.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Sozial integrierte Gesellschaften sind wichtig, weil sie **Vielfalt** schätzen und darauf abzielen, dass sich jeder unabhängig von seiner individuellen Identität wertgeschätzt fühlt. Durch die Feier vieler verschiedener Veranstaltungen bereichern sie auch das kulturelle Leben aller Menschen. Daher verbessert die Verringerung kultureller Gewalt nicht nur das Leben derjenigen, die sonst erheblich darunter leiden würden und Migration als ihre einzige Option in Betracht ziehen würden.
- Sozial integrierte Gesellschaften sind auch deshalb so wichtig, weil sie die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen und Gemeinschaften fördern, was allen zugutekommt. Verbesserte Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheitsgruppen führen wahrscheinlich dazu, dass Mehrheitsgruppen weniger geneigt sind, kulturelle Gewalt gegenüber Minderheiten zu akzeptieren, die diese sonst zur Migration als einzigen Überlebensweg drängen würde.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus der Perspektive des positiven Friedens müssen Initiativen zur sozialen Integration die Komplexität intersektionaler Identitäten und deren Einfluss darauf berücksichtigen, ob Menschen sich einbezogen oder ausgeschlossen fühlen. So ist es beispielsweise wichtig, Veranstaltungen so zu konzipieren, dass sie Menschen mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund zusammenbringen und auch Menschen einbeziehen, deren Identität nicht nur durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, sondern etwa auch zu einer LGBTQ+-Gemeinschaft definiert ist. Zudem ist es entscheidend, Wege zu finden, um stark marginalisierte Gruppen, wie Binnenvertriebene, einzubeziehen, die sonst die Migration als einzigen Ausweg sehen könnten, wenn die kulturelle Gewalt gegen sie nicht bekämpft wird. Handlungsfähigkeit (Agency) und Positionierung beeinflussen die Rolle, die Einzelpersonen in Initiativen zur sozialen Integration übernehmen können.

Für einige Gruppen, etwa religiöse Minderheiten oder Frauen, könnte es schwierig sein, an Initiativen zur sozialen Integration teilzunehmen, wenn diese als kulturell unangemessen angesehen werden. Reflexive Praxis, einschließlich einer offenen und interessierten Haltung, kann dazu beitragen, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, was bestimmte Konzepte für Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund bedeuten. Menschen haben möglicherweise unterschiedliche Vorstellungen davon, was es heißt, sich wertgeschätzt zu fühlen. Dies muss bei der Planung sozialer Integrationsmaßnahmen berücksichtigt werden.



## Beispiel für eine vielversprechende Praxis

Einige religiöse und kulturelle Feste wie Weihnachten, Chanukka, Eid al-Fitr und Diwali werden heute weltweit gefeiert, auch dort, wo ihre Anhänger eine Minderheit darstellen. Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, unterstützt eine Vielzahl öffentlicher religiöser und kultureller Feierlichkeiten und nimmt häufig selbst daran teil. Zu den gefeierten religiösen Festen gehören Chanukka, Eid, Weihnachten, Diwali und Vaisakhi, während zu den kulturellen Feiern der irische St. Patrick's Day, das chinesische Neujahrsfest und der karibische Notting Hill Carnival gehören. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Anerkennung aller Religionen und Kulturen. Es ist jedoch wichtig darauf hinzuweisen, dass christliche Feste derzeit mehr Bedeutung beigemessen wird und gesetzliche Feiertage nach wie vor nur mit christlichen Festen verbunden sind.

Der Bürgermeister unterstützt auch die jährliche Interfaith Week (Interreligiöse Woche), die einem breiteren Publikum religiöse Aktivitäten vorstellt, um das Verständnis zwischen religiösen und nicht-religiösen Menschen zu verbessern und die horizontalen und vertikalen Beziehungen zwischen allen Glaubensrichtungen zu stärken. Die Interfaith Week feiert Vielfalt und Gemeinsamkeiten und schafft Gelegenheiten für Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, was zur Förderung und Stärkung sozial integrierter Gemeinschaften beiträgt.

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Initiativen zur sozialen Integration werden nur dann einen positiven Unterschied bewirken, wenn sie von **kulturellen Normen** gestützt werden.
- Solche Initiativen müssen widerstandsfähig gegenüber Rückschlägen sein, etwa bei sich verschlechternden Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen oder lokalen sozialen Unruhen.

## 2. VERMITTLUNG VON MEDIEN- UND INFORMATIONSKOMPETENZ ZUR BEKÄMPFUNG VON DESINFORMATION

Desinformation bezeichnet das bewusste Erstellen und Verbreiten inkorrekt, irreführender oder falscher Informationen, online über soziale Medien und Nachrichtenseiten oder offline über Zeitungen oder im Gespräch. Untersuchungen zeigen, dass Übereinstimmung mit bestehenden Überzeugungen, wiederholte Konfrontation, der Anschein einer vertrauenswürdigen Quelle und das Auslösen einer starken emotionalen Reaktion dazu führen, dass Menschen Desinformation eher glauben schenken. Die Entstehung und Verbreitung solcher falscher Informationen kann gravierende Auswirkungen auf Einzelpersonen, Gemeinschaften und ganze Gesellschaften haben und die Beziehungen zwischen ihnen beeinträchtigen. Sie können **polarisierte** Meinungen, Einstellungen, Vorurteile und Stereotypen erzeugen oder verstärken, und so den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen und das Risiko sozialer Unruhen oder gewaltsamer Konflikte erhöhen.

*Daher ist es ein wesentlicher Bestandteil der Konfliktprävention und der Reduzierung struktureller Gewalt, die Entstehung und Verbreitung von Desinformation zu bekämpfen.*

Daher ist es ein wesentlicher Bestandteil der Konfliktprävention und der Reduzierung struktureller Gewalt, die Entstehung und Verbreitung von Desinformation zu bekämpfen. Eine Möglichkeit hierfür ist die Stärkung der Medien- und Informationskompetenz, indem die Fähigkeit verbessert wird, in unterschiedlichen Kontexten Informationen zu erstellen und kritisch sowie verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen. Schulungen zur Medien- und Informationskompetenz richten sich sowohl an Personen, die an der Erstellung von Informationen beteiligt sind, wie z. B. Journalisten, als auch an Konsumenten von Nachrichten.

## WARUM ES FUNKTIONIERT

- Die Verbesserung der Medien- und Informationskompetenz kann dazu beitragen, dass sich Informationsschaffende der verheerenden Auswirkungen bewusstwerden, die Desinformation auf Einzelne und auf die Beziehungen zwischen Gruppen haben kann. Sie vermittelt ihnen zugleich das Wissen und die Fähigkeiten, um selbst keine Desinformation zu erzeugen und Desinformation anderer zu erkennen. Derartige Schulungen richten sich also nicht nur an von struktureller Gewalt Betroffene. Sie fördern verlässliche Informationen für alle und verhindern, dass Beziehungen zwischen Gruppen und zwischen Gruppen und staatlichen Stellen Schaden nehmen.
- In einer Zeit, in der viele Soziale Medien die Verbreitung von Desinformation nicht ausreichend stoppen können oder wollen, spielen Informationskonsumenten eine wichtige Rolle darin, die weitere Verbreitung zu verhindern. Schulungen zur Medien- und Informationskompetenz befähigen sie, Desinformation zu erkennen und nicht weiter zu verbreiten. Davon profitieren alle, und es verringert die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen Migration als ihre einzige Option betrachten.

## PERSPEKTIVEN DES POSITIVEN FRIEDENS

Aus Sicht des positiven Friedens ist es wichtig, dass Medien- und Informationskompetenz-Trainings sorgfältig an den Kontext angepasst werden, lokale Erfahrungen und Praktiken einbeziehen und heikle Themen nicht scheuen. Wenn eine bestimmte ethnische oder religiöse Gruppe aktuell kultureller Gewalt ausgesetzt ist, muss dies trotz möglicher Gegenwehr der Mehrheit thematisiert werden. Wichtig ist auch, dass marginalisierte Gruppen – die am stärksten von kultureller Gewalt betroffen sind – umfassend in die Entwicklung und Umsetzung solcher Projekte eingebunden werden. Zu berücksichtigen ist zudem, wie diese Trainings helfen können, Beziehungen zwischen Gemeinschaften zu entwickeln oder zu stärken, etwa indem Mitglieder verschiedener Glaubensgemeinschaften gemeinsam geschult werden. Schließlich muss der Einfluss von Positionierung und Macht auf die Entscheidung, Desinformation zu erstellen oder zu verbreiten, reflektiert werden: Journalistinnen und Journalisten können sich schwertun, die Weitergabe von Desinformation zu stoppen, wenn dies von ihren Redaktionen erwartet wird.



### Beispiel für eine vielversprechende Praxis

**The Center for Media Literacy** ist eine amerikanische Bildungsorganisation, die Medienkompetenz fördert. Sie bietet öffentliche Bildungsarbeit und berufliche Fortbildungen in kritischem Denken und Medienproduktion, damit Menschen informierte Entscheidungen treffen können. Das Zentrum arbeitet mit einem vierstufigen, handlungsorientierten Untersuchungsprozess, der Bewusstsein, Analyse, Reflexion und Aktion umfasst. Dieser Ansatz befähigt Menschen, Informationen aus unterschiedlichen Quellen zu erschließen, Botschaften kritisch zu analysieren und zu bewerten sowie eigene Botschaften zu erstellen. Informationskonsumentinnen und -konsumenten werden angehalten, sich folgende fünf Fragen zu stellen, um zu entscheiden, ob es sich um Desinformation handelt:

1. Wer hat diese Nachricht erstellt?
2. Welche kreativen Techniken werden eingesetzt, um meine Aufmerksamkeit zu gewinnen?
3. Wie könnten verschiedene Menschen diese Nachricht unterschiedlich verstehen?
4. Welche Werte, Lebensstile und Perspektiven werden in dieser Nachricht vertreten oder ausgelassen?
5. Warum wird diese Nachricht gesendet?

## GRENZEN UND VORBEHALTE

- Es muss die **Bereitschaft bestehen, das eigene Verhalten zu ändern**. Menschen, die absichtlich inkorrekte, irreführende oder falsche Informationen verbreiten möchten, werden sich dadurch nicht aufhalten lassen.
- Die Förderung von Medien- und Informationskompetenz darf nicht davon ablenken, dass die Betreiber sozialer Netzwerke weiterhin in der Verantwortung stehen, die Verbreitung von Desinformation auf ihren Plattformen zu regulieren und dagegen vorzugehen.

## Hinweise

1 Institute for Community Solutions: [https://instituteforcommunitysolutions.org/community\\_mediation/#:~:text=Community%20mediation%20tends%20to%20be,disputes%20directly%20from%20the%20community](https://instituteforcommunitysolutions.org/community_mediation/#:~:text=Community%20mediation%20tends%20to%20be,disputes%20directly%20from%20the%20community). Centre for Humanitarian Dialogue (2022). Mediation of local conflicts in the Sahel, Burkina Faso, Mali & Niger. Centre for Humanitarian Dialogue.

